

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Haris Triandafilidou:
Erodiertes Griechenland?



Gauthier/Sander/Neelsen:
Frankreich – neuer Anfang?



Hans-Jürgen Urban:
Europa neu begründen

Richard Detje: Lehren aus
dem Fall Schlecker

**Forum
Gewerkschaften**

Max Lill: Erblasten der
Arbeiterbewegung



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Immer mal wieder reinschaun:

www.sozialismus.de

Regelmäßige Kommentare & Kurzanalysen zu aktuellen Themen & Ereignissen zwischen den monatlichen Printausgaben; außerdem Tipps & Termine, Kommentar- und Hefetarchiv sowie Möglichkeiten zum Abonnieren u.v.a.m.

www.vsa-verlag.de

Die neuesten Buchveröffentlichungen aus dem VSA: Verlag, Lesungs- & Veranstaltungstermine, sämtliche lieferbaren Titel, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben, ein wenig Verlagsgeschichte aus 40 Jahren Links u.v.a.m.

www.wissentransfer.info

Arbeitspapiere, PowerPoint-Präsentationen, Veranstaltungshinweise und -berichte, Referentinnen und Referenten sowie Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e.V.

www.vorort-links.de

Netz-Plattform für Analysen & Ansichten aus Ländern, Städten und Regionen. vorortLINKS ist ein unabhängiges linkes Projekt, der LINKEN wohlgesonnen, aber immer auf der Suche nach breiteren Kooperationen.

www.linksnet.de

Ein linkes netzpolitisches Projekt mit großer Reichweite: Mehr als 40 linke Zeitschriften aus Politik und Wissenschaften stellen Beiträge, Rezensionen und z.T. Inhaltsverzeichnisse ein. Sozialismus war von Anfang an dabei.

Neue Niederlage für Schwarz-Gelb

Onur Ocak/Andreas Fisahn: Ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Beteiligung des Parlaments . . 2

Voten in Europa

Haris Triandafilidou: Menschen in der Revolte. Folgen der politisch-sozialen

Erosionskrise in Griechenland 5

John Neelsen: Hoffnung für die Linke aus dem Land der Revolutionen? 9

Bernhard Sander: Beginnt die Sanierung Frankreichs? 15

Elisabeth Gauthier: Ein neues Kapitel im politischen Leben Frankreichs 19

Neuer Aufbruch für DIE LINKE?

Michael Brie: Die Krise als Chance 25

Horst Arenz: Neustart der Debattenkultur? Thesen zum Göttinger Parteitag 30

Joachim Bischoff/Hasko Hüning/Björn Radke: Protest, Analyse & Gestaltung

Anforderungen an eine linkssozialistische Partei 35

Herbert Schui: Will DIE LINKE eine Volkspartei sein? 40

Max Lill: Gespalten und doch zusammenhängend

Zur Geschichte der Arbeiterbewegung – und ihren Erblasten 46

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Europa neu begründen.

Radikaler Politikwechsel statt Fiskalpakt und Demokratieabbau 54

Richard Detje/Otto König: Eine der größten Firmenpleiten

Lehren aus dem Fall Schlecker 57

Militär- und Währungsallianzen

Uli Cremer/Wilhelm Achelpöhl: Smarte NATO –

2014 Umbenennung von ISAF geplant 59

Michael Wendl: Die Wiederkehr des Tugendwächters

Mit dem Monetarismus aus dem Euro? 63

Impressum 67

Theorie | Veranstaltungen

Meinhard Creydt: Nachkapitalistische Gesellschaft. Probleme und Konturen 68

Veranstaltungen & Tipps 76

Nadine Helwig: Take Shelter (Filmkritik) 77

Supplement

Joachim Bischoff: Dauerzustand Schuldenkrise.

Die endlose Kurzfrist-Reparatur des Euro-Systems

Neustart der Debattenkultur?

Thesen zum Göttinger Parteitag

von | Horst Arenz

Oskar Lafontaine hatte vor dem Parteitag den Rückzug seiner Kandidatur zum Parteivorsitzenden damit erklärt, einen »Neuanfang jenseits der bisherigen Konfrontationslinien« zu ermöglichen. Die beiden neuen Parteivorsitzenden haben mit dem Titel ihres so genannten 120-Tage-Programms »Den Aufbruch organisieren« klargestellt, dass sie einen solchen Neuanfang für unverzichtbar halten. Teil dieses Neuanfangs sei es, »eine breite Debatte in der Partei über den weiteren Kurs führen. Dazu laden wir alle Mitglieder der Partei ein. Wir wollen die Kunst des Zuhörens praktizieren, die Fähigkeit voneinander zu lernen mit Leben erfüllen und zum Mitmachen einladen. Dafür ist ein intensiver Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen unserer Partei unerlässlich. Die Parteiarbeit wollen wir partizipativer gestalten.« Damit sind gleich zu Beginn ihrer Amtszeit erfreulich klar zwei Markierungen gesetzt. Erstens: Ein Neuanfang kann ohne solche breite und offene Debatte nicht erfolgreich sein. Zweitens: Diese Debatte erfordert eine neue Beteiligungskultur des Zuhörens und der Offenheit.

Gysis Warnschrei – Klärendes und Spaltendes

Die neuen Vorsitzenden setzen damit zweifellos ein hoffnungsvolles Signal, um die Partei aus der tiefen Krise herauszuführen. Wie tief die Krise ist, hat Gregor Gysi in seiner Göttinger Rede gezeigt. Er hat bezogen auf die Bundestagsfraktion völlig zu Recht nicht nur den Respekt vor der »Seele der ostdeutschen Mitglieder« gefordert, er hat auch von Hass gesprochen.¹ Und von dem »pathologischen Zustand«, der darin zum Ausdruck kommt, dass »man ... nicht mehr von der Sache getrieben (wird), sondern weitgehend von der Person, die eine bestimmte Meinung vertritt«. Gysi hat damit ein zentrales Problem ausgesprochen, das die Dimension eines Krebsgeschwürs angenommen hat: Die in der Partei und insbesondere in den Flügeln – und zwar in allen Flügeln – verbreitete Un-Kultur der Konstruktion von Pappkameraden und der Verdächtigungen, die die auf die Sache bezogene differenzierte Auseinandersetzung unmöglich machen: »Die unterschiedlichen Teile unserer Partei müssen in der Leitung vertreten sein. Man muss sie zusammenfüh-



Delegierte vor dem LINKEN Parteitag, 2.6.2012 (Foto: dpa)

ren, allerdings, *um sie als Flügel zu entmachten* (Herv. HA). Ihr müsstet einen Parteivorstand wählen, der die Aufgabe annimmt, dafür zu sorgen, dass solche Kämpfe, wie wir sie gegenwärtig erleben, nicht mehr geführt werden können.«²

Wichtig ist, dass Gysi mitnichten für die Spaltung der Partei votiert hat. Im Gegenteil: Gegen die Kultur des Schönredens und Vertuschens der Probleme hat er einen Warnschrei ausgestoßen: Wenn wir die Probleme nicht beim Namen nennen und wenn es nicht gelingt, die ausgrenzende Freund-Feind-Kultur zu überwinden, *dann* ist die Trennung unvermeidlich, dann stürzt die Partei in die Bedeutungslosigkeit.

Gysi hat in seiner kritischen Bilanz nur eines vergessen: So sehr das unsägliche Niveau der Konfliktkultur ein Ende haben muss, so sehr wird auch die Führungsverantwortung des Fraktionsvorsitzenden zur Existenzbedingung.

Gysis Agieren in Partei und Fraktion muss noch von einer anderen Seite in den Blick genommen werden. Nach von ganz unterschiedlicher Seite abgesicherten Informationen hat sich Gysi aktiv an dem auf dem Parteitag von allen Seiten kräftig betriebenen Postengeschacher beteiligt – bis hin zum Pokern mit seiner eigenen Funktion, um die Wahlchancen von Dietmar Bartsch zu verbessern. Auch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion hat Nachholbedarf bei der Überwindung der Strömungskultur.

»Befindlichkeiten« oder »grundlegende strategische Differenzen«

Etwas mehr als ein Jahr von der Bundestagswahl ist die Situation der Gliederungen im Westen desaströs, und die Mobilisierung im Osten lässt zu wünschen übrig. Nach dem Debakel in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein deuten die Umfragen in Niedersachsen und Hessen auf Rückschläge ähnlichen Ausmaßes. In zahlreichen Kreisverbänden machen sich Auflösungstendenzen breit. Die Resonanz auf Parteiveranstaltungen nimmt ab. In der Bundestagsfraktion bewegte sich bis zum Parteitag (ein Urteil über die Zeit danach abzugeben wäre zu früh) das Kommunikationsniveau im Sinkflug. Je näher der Termin der Bundestagswahl rückt, umso mehr werden die Konflikte statt von der Sache von der innerfraktionellen Konkurrenz um die vermutlich drastisch schrumpfenden Listenplätze bestimmt. Die Beteiligung linker Gewerkschafter/innen an der Parteiarbeit zeigt Symptome des Aderlasses.

Lafontaine wird die analytische, konzeptionelle und personale Verflachung nicht entgangen sein. Bei diesem Grad der Annäherung an die kritische Masse des Absturzes würde eine Klärung grundlegender strategischer Fragen das existierende Chaos nur vergrößern. Insofern agiert er mit der strategischen Option, die Partei durch Mobilisierung anhand ihrer erfolgreichsten Themen und Parolen zu stabilisieren. Die Notwendigkeit, die Parteibasis darauf einzuschwören, in einer Übergangsphase in

erster Linie Stabilität wiederzugewinnen, ist unbestreitbar.

Dennoch ist damit ein grundsätzliches Problem aufgeworfen. Lafontaine steht mit seiner Reduktion der Konflikte in der Partei auf »Befindlichkeiten«,³ also faktisch auf persönliche Fragen,

nicht allein.⁴ In den diversen Schattierungen des linken Flügels besteht mehr oder weniger Konsens darüber, dass hinter den von den Reformern vorgebrachten sachlichen Differenzen ganz überwiegend persönliche Kämpfe um Parteiposten stehen.⁵ So unterstellen bestimmte Kreise in der Parteizentrale 80% der Mitarbeiter/innen bei Konflikten überwiegend persönliche Motive. Die Initiierung bzw. Intensivierung inhaltlicher Debatten stößt vor diesem Hintergrund auf Widerstand.

Den Anhänger/innen des linken Flügels fällt dabei allerdings ein im eigenen Lager transportierter Widerspruch gar nicht auf:

Horst Arenz ist Mitglied der Basisorganisation Berlin-Kreuzberg der Partei DIE LINKE und Abgeordneten-Mitarbeiter der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

¹ Ähnliche Verhältnisse herrschen im Übrigen seit Jahren auch im Parteiparagrafen.

² Franz Walter hat die Strömungskultur in der LINKEN in den Kontext der 1970er Jahre gestellt: »Die politischen Flügel in der Partei (demonstrieren) eine enorme Unversöhnlichkeit. Einen solchen Jargon von Freund-Feind, richtig-falsch, Linksradikaler-Rechtsreformist gab es in dieser Fülle und Schärfe in der westdeutschen Parteienlandschaft zuletzt in den siebziger Jahren, im Umfeld der damals berühmten Linkskonzepte.« (»Sechs Lehren für die Linke«, Spiegel Online vom 3.6.2012) Siehe auch Horst Arenz, »Eine Bereitschaft, organisierte Formen zu finden, in denen die Flügel ihre gegensätzlichen Sichtweisen mit dem Ziel ihrer Annäherung austauschen, ist nicht in Sicht.« in: DIE LINKE am Scheideweg (www.lafontaines-linke.de/2012/05/linke-am-scheideweg-gastbeitrag-horst-arenz/).

³ »Ich wünsche Euch im Sinne Tucholskys, dass wir nicht Befindlichkeiten mit programmatisch gravierenden Differenzen verwechseln.« Ulrich Maurer siedelt die Konflikte auf der gleichen Ebene an: »Das ist eine Auseinandersetzung zwischen Leuten, die den Parteiapparat aus Eigeninteresse übernehmen wollen, und solchen, denen die Zukunft der Partei und ihrer Ideale am Herzen liegen.« (Maurer im dpa-Gespräch, veröffentlicht am 27.5.2012)

⁴ Lafontaine vollzieht in seiner Rede nicht nur die Trennung zwischen innen und außen, er ist – vielleicht nicht zufällig – unpräzise in der Trennung: »Erfolgreiche Parteien dürfen nicht zerstritten (!), und zwar persönlich zerstritten nach außen wirken. Das ist eine Grundregel in der Mediengesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Streit in der Sache, ja. Das wird von den Wählerinnen und Wählern belohnt. Aber persönliche Auseinandersetzungen nachtreten und den Anderen schlecht machen, das wird überhaupt nicht belohnt. Deshalb muss dieser Streit endlich aufhören.«

⁵ Dies ist aber mitnichten auf das Reformlager beschränkt, dessen Risse nach eigenen Aussagen bislang nicht gekittet werden konnten. Die der antikapitalistischen Linken (AKL), die gerade ebenfalls Spaltungsprozesse durchlebt, nahestehende NRW-Landessprecherin Katharina Schwabedissen hebt auf das Postengeschacher im Vorfeld von Göttingen ab: »Beim Strömungstreffen von AKL und SL herrschte in Teilen eine Stimmung, die einer Mobilisierung gleichkam. Es ging einigen einzig um das Ziel, Dietmar Bartsch zu verhindern. Das ist ein legitimer Wunsch – abstoßend war jedoch die prinzipienlose Taktiererei... Klar wurde dort formuliert, dass gegebenenfalls die »rechte« Katja im ersten Wahlgang gewählt werden solle, um den »linken« Bernd im zweiten Wahlgang zu ermöglichen. Sollte jedoch im ersten Wahlgang die »linke« Katharina antreten, sollte die »rechte« Dora gewählt werden, um erneut den »linken« Bernd im zweiten Wahlgang zu ermöglichen. Welch eine Meisterleistung demokratischer und feministischer Herangehensweise ...« ([www.scharf-links.de/90.o.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=25669&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=a7237eb3d6](http://www.scharf-links.de/90.o.html?&tx_ttnews[tt_news]=25669&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=a7237eb3d6))

Dieselben Personen reden in einem Atemzug von rein persönlichen Motiven und Befindlichkeiten und von der Selbstbeschäftigung als der eigentlichen Ursache der Krise und räumen zugleich ein, dass dahinter grundsätzlich kontroverse Ansichten über die Zielrichtung stehen, in der die Stärkung der Partei erreicht werden soll. Symptomatisch dafür steht Sahra Wagenknecht, wenn sie neben ihrer Warnung vor dem Schießen auf das eigene Tor »grundlegende strategische Differenzen in der Parteispitze« einräumt.⁶ Über diesen Widerspruch muss gesprochen werden. Wenn grundlegende strategische Differenzen den Machtkämpfen unterliegen, wirkt das Agieren von Lafontaine und des linken Flügels zwei grundsätzliche Fragen auf, die für die Zukunft der Partei von Bedeutung sind.

Sicherlich finden – gerade in einer Partei mit unvermeidlich noch unentwickelten Formen der Willensbildung – inhaltliche Differenzen immer auch ihren Niederschlag in persönlichen Interessen und Konflikten. Sie darauf zu reduzieren, ist ein Armutszeugnis innerparteilicher Debattenkultur und zeugt auch von einer Fehleinschätzung des Alltagsbewusstseins. Mit Blick auf die Akzeptanz der Partei in der Bevölkerung leistet man einen Bärendienst, wenn die Partei als ein Hort vorwiegend oder ausschließlich persönlicher Machtkämpfe dargestellt wird. Erreicht wird dann das exakte Gegenteil: Je öfter den Menschen dies als Erklärung offeriert wird, umso eher wenden sie sich ab.

Debattenkultur begrenzen oder entwickeln?

Wenn grundlegende sachliche Differenzen als rein persönliche Machtkämpfe oder Befindlichkeiten kaschiert werden, entsteht – auch unter den besonderen Anforderungen einer kritischen Übergangsphase – die Gefahr, dass diese als Vorwand herhalten, sich nicht nur mit der Sache nicht auseinanderzusetzen und/oder die Verhältnisse schönzureden, sondern auch dass sie zur Unterdrückung innerparteilicher, offener und pluralistischer Debatten führen und damit konfliktverschärfend wirken. Der gegen Gysi gerichtete Hinweis Lafontaines in seiner Rede, man dürfe öffentlich nicht von Spaltung reden, hat zwei Seiten: Einerseits die Warnung, dem politischen Gegner, der kritischen Öffentlichkeit und unseren potenziellen Wähler/innen keine gegen uns gerichtete Munition zu liefern. Zugleich aber birgt er die Gefahr einer Stärkung jener Kräfte, die in der Partei seit langem kritische, an der Sache orientierte Diskussionen nach innen und außen behindern und Warnungen vor bedrohlichen Entwicklungen beiseite schieben.

Die strikte Trennung zwischen Kritik nach innen und nach außen hat nicht zuletzt im Zeitalter des Internets an Bedeutung verloren. Es mutet paradox an, wenn Lafontaine auf der einen Seite fordert, wir müssten zur führenden Internet-Partei werden, und dann aber vorgeben will, was nur intern debattiert werden darf. Dies provoziert nicht zuletzt deshalb Fragen, weil er als Partei- und Fraktionsvorsitzender keine Anstrengungen unternommen hat, solche interne Debatten zu befördern. Hinzu kommt, dass die Grenzen beliebig gesetzt sind. Wer bestimmt, dass der Begriff Spaltung auf dem Index steht, nicht aber das Wort von der tiefen Parteikrise oder das Wort von der Existenzfrage? Zweifellos muss es in einer Partei immer Dinge geben,

die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, und an diesem Punkt hat es in der Vergangenheit vor allem seitens der Reformen häufig Übertretungen gegeben. Aber es muss stets im Bewusstsein sein, dass weil die Grenzen fließend sind immer auch Rückwirkungen von außen nach innen existieren. Das zeigt auch die Praxis in anderen Parteien, nicht zuletzt auch der SPD. In meiner fast 20-jährigen Arbeit im linken Flügel dieser Partei waren Vorgaben an der Tagesordnung, was (z.B. in Wahlkampfzeiten) nicht öffentlich diskutiert werden darf – ein klassisches Muster, innerparteiliche Debatten (z.B. im Vorstand oder anderen Gremien und auf Parteitage) zu erschweren oder gar zu unterbinden. Es wäre für die künftige Debattenkultur wichtig zu erfahren, wie Lafontaine und die ihm Nahestehenden dazu beitragen wollen, dass in der LINKEN klassisch sozialdemokratische Disziplinierungsmethoden vermieden werden. Leider hört man dazu wenig bis nichts. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Verhältnisse in der Berliner Partei gleichermaßen für das Reformlager.

Neue Widersprüche – neue Mobilisierungspotenziale

Es gibt noch einen zweiten wichtigen Aspekt. Vorgaben darüber, was nicht nach außen kommuniziert werden darf, wirken dann besonders kontraproduktiv, wenn Parteistrukturen noch so unentwickelt sind, dass die Basis über Vorgänge nur über nicht parteieigene Medien erfährt. Die Kommunikationskultur von Parteien hat sich fundamental gewandelt. Sie sind vor allem dann nicht angemessen, wenn in der Partei fundamentale strategische Fragen ungeklärt bzw. strittig sind oder gar nicht diskutiert werden. Sahra Wagenknechts Zustandsbeschreibung ist zutreffend: In der Partei herrscht ein gewaltiger Stau nicht geklärter Fragen bzw. offener grundlegender Differenzen.⁷

Es ist hier nicht der Platz, die Vielfalt der nicht gelösten und strittigen Probleme aufzuführen, die von der Einschätzung des heutigen Kapitalismus, über die Fragen Alltagsleben/Alltagsbewusstsein, Individualisierung/Subjektivierung/Qualifizierung der Arbeit bis zur Frage neuer, bislang unbeachteter Milieus und des Verhältnisses von Parlament und sozialen Bewegungen und der entsprechenden Bündnispolitik reicht.⁸ Beispielhaft seien drei Themenbereiche skizziert.

Gregor Gysi hat in der Sitzung der Bundestagsfraktion, bei der es um die Bewertung des Göttinger Parteitags ging, am Schluss einer langen, weitgehend oberflächlichen Debatte dafür plädiert, Partei und Fraktion mögen sich bei allem Konsens über das zentrale Alltagsthema Prekarisierung und Niedriglohn-Ökonomie auch mit der nicht-prekarierten Arbeit befassen. Die bundesdeutsche Gesellschaft ist nicht nur durch zunehmende Abwärtsmobilität charakterisierbar. Gerade im Vergleich zu den Krisenländern der Eurozone lebt der Teil der unter »normalen« Bedingungen tätigen Beschäftigten noch in relativ gesicherten Verhältnissen.

Konkrete Anhaltspunkte für den Wandel der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Nachkriegsdeutschland hat u.a. der Industriosoziologe Michael Vester in einem Vortrag beim Parteivorstand im Oktober 2010 erläutert. Seine These: Im Verlauf der »Renaissance der qualifizierten Arbeit« und des Ausbaus des

Dienstleistungssektors kommt es zu einem deutlichen Rückgang des Anteils des an- oder ungelernten Massenarbeiters zugunsten höher qualifizierter Arbeit (des »qualifizierten Facharbeiters«) und zur Herausbildung des »modernen Arbeitnehmertypus«.

Dieser Teil der Beschäftigten zeichnet sich im Vergleich zum ungelernten Arbeiter nicht nur durch eine höhere Identifikation mit dem konkreten Inhalt der Arbeit aus, er entwickelt auf dieser Basis auch höhere Ansprüche an soziale und kommunikative Kompetenzen und Beteiligungsmöglichkeiten und eine höhere Sensibilität gegenüber einer autoritären Anordnungs- und Weisungskultur und gegenüber hierarchisierten Unternehmensstrukturen. Diese neuen Ansprüche an Selbstaktivität und damit auch an emotionaler Selbstverwirklichung und an Respekt der eigenen Person im Arbeitsprozess sind nicht nur Quelle neuer Konflikte mit den Vorgesetzten, sie enthalten auch neue Potenziale der Mobilisierung gegen kapitalistische Verwertungsinteressen, die von der Linken nutzbar gemacht werden können. Einerseits wird »die neue Selbständigkeit der Beschäftigten und deren subjektive, lebensweltlich begründeten Ressourcen zur ›wirklichen Produktionsbedingung‹ (Marx)«, und zugleich liegen darin »Potenziale und Widersprüche – eigensinnige und selbstverantwortliche, auf die Qualität der Arbeit bezogene Interessen der Beschäftigten, die sich mit den ihnen zugemuteten unternehmerischen Rentabilitätsanforderungen brechen.«

Das »in den Subjektivierungsprozessen ... vorhandene widerständige Potenzial«,⁹ das mit den Auswirkungen der Großen Krise an Bedeutung zunehmen wird, ist von unserer Partei mit Blick auf die Mobilisierung breiter Teile der lohnabhängig Beschäftigten sträflich vernachlässigt worden. Es kann nicht sein, dass die Sorgen der Beschäftigten im unbefristeten Vollzeitar-

beitsverhältnis der SPD überlassen werden. Diese sind von der Entgrenzung der Arbeit im Finanzmarktkapitalismus nicht minder betroffen.

Ein Aspekt dieser Entwicklung ist die Verdopplung des Ar-

»Die tiefen Differenzen in der Partei können nur durch Klärung der programmatisch gravierenden Differenzen und einen Kulturwandel der innerparteilichen Kommunikation abgebaut werden.«

beitsausfalls aufgrund psychischer Erkrankungen, die heute mehr als 12% aller Fehltage ausmachen und deren Produktionskosten von der Bundesregierung auf 26 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt werden.¹⁰ Für die Entdeckung des Themas Fehltage wegen psychischer Erkrankung benötigte die Bundestagsfraktion sieben Jahre. Es ist eine sträfliche Unterlassung des scheidenden Parteivorstands (und der Bundestagsfraktion), das zentrale Alltagsthema Gesundheit und die zunehmend krasseren, zu Lasten der Menschen gehenden Bereicherungs- und Bestechungsmethoden im Gesundheitssystem nicht ganz oben auf die Parteitagenda gestellt zu haben. Eine Initiative der Parteispitze zur mietenpolitischen Offensive wurde

⁶ In »Berlin direkt« am 20.5.2012 (www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1646000/Chefrage-Die-Linke-und-die-lange-Suche#/beitrag/video/1646000/Chefrage-Die-Linke-und-die-lange-Suche).

⁷ Auch Lafontaine räumt über persönliche Auseinandersetzungen hinausgehende Differenzen ein: »Wir selbst haben uns das zuzuschreiben, dass wir in der Wählergunst durch eine verfehlte Politik (!) und ein falsches Auftreten in der Öffentlichkeit abgeglitten sind... Etwas ganz anderes (als persönlicher Streit – HA) ist ein ernsthafter Streit um die Sache.« Er liefert aber keine Hinweise, worin die verfehlte Politik und der Streit um die Sache bestehen.

⁸ Siehe ausführlicher Horst Arenz/Werner Dreibus, Leerstellen der Linken, in: Sozialismus, Heft 5/2011.

⁹ Alle Zitate aus Sarah Nies/Dieter Sauer, Arbeit – mehr als Beschäftigung? – Zur arbeitssoziologischen Kapitalismuskritik, Ms., 2012.

¹⁰ Der Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer Richter nennt als wichtige Gründe für die Explosion der psychischen Erkrankungen den »Druck zur Selbstverwirklichung« sowie »die Freiheit eines jeden, Individualität und Identität heute selbst zu finden« (Süddeutsche Zeitung vom 13.6.2012).



LUXEMBURG **2** **2012**
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

»LINKS IN EUROPA« Deutschland als Vorreiter eines Hyper-Neoliberalismus | Krise des Krisenmanagements | Linke Strategien für einen europäischen Wohlfahrtsstaat | Rechte Konzepte gegen Europa | Politische Streiks in Europa | Exit oder Neugründung Europas? | Schulden politisieren uvm.

MIT BEITRÄGEN VON Perry Anderson | Thomas Händel | John Kelly | Karin Pape | Marica Frangakis | Heinz Bierbaum | Asbjørn Wahl | Michel Husson | Klaus Ernst | Panagiotis Sotiris | Bob Jessop | Eva Illouz u.a.

Juni 2012, 160 S., Einzelheft 10 €, Jahres-Abo 30 € (Ausl. 40 €), erm. 20 €
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
www.zeitschrift-luxemburg.de

ZAG
 ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
 NUMMER · 61/2012 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00

THEMA
**CRITICAL
 WHITE-
 NESS**

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
 im Mehringhof,
 Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
 E-Mail redaktion@zag-berlin.de
 Internet www.zag-berlin.de



vom linken und rechten Flügel hintertrieben und auf nächstes Jahr verschoben! Damit soll – neben dem großen Komplex Umweltzerstörung, der hier nicht behandelt werden kann – nur ein Ausschnitt der Fragen skizziert werden, die auch die (noch) unter Bedingungen der Normalarbeit Beschäftigten immer mehr betreffen. Vester hatte seinen Vortrag vor dem Parteivorstand unter das Generalthema ungenutzter Mobilisierungspotenziale eingeordnet. Seine Thesen, die nicht ohne Folgen mit Blick auf die Ablehnung autoritärer Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen in politischen Parteien sind, blieben allerdings ohne Auswirkungen auf die Prioritäten des Parteivorstands.

Umfassender als bei der Frage Interessenswandel der Normalarbeit zeigen sich zweitens strategische Leerstellen bei der Analyse des Alltagsbewusstseins. Symptomatisch dafür ist der Umstand, dass die Frage, warum die LINKE in der schärfsten Krise des Kapitalismus seit 100 Jahren die Hälfte ihrer Anhängerschaft verliert, in der Partei nur marginal diskutiert wird. Jenseits des stereotypen Verweises auf die Selbstbeschäftigung existieren nur Andeutungen: So nennt Lafontaine im Interview in Neuen Deutschland am 24.2.2012 nebenbei als eine Ursache die unzureichende »Beschäftigung mit der Frage, wie wir unsere Politik populär machen«, und spricht damit die große Leerstelle der Übersetzung unserer Forderungen in die Alltagssprache der Menschen an. In der ZEIT vom 2.2.2012 wundert er sich, warum »kaum jemand weiß, dass wir als einzige Partei den Ausweg aus der Finanzkrise kennen«, eine Antwort darauf bleibt er schuldig. Die zitierte NRW-Landessprecherin entdeckt am Abend der NRW-Wahl als Grund für die Wahlniederlage,

die Partei müsse sich mehr dem Alltag der Menschen zuwenden, das sei im Osten gut gelungen und müsse nun im Westen angegangen werden.

Hinter dem Thema Alltagsbewusstsein steht drittens ein grundsätzliches, in der Partei ungeklärtes und strittiges Problem. Bernd Riexinger knüpft mit seiner Aussage auf dem Parteitag »Wir müssen uns zurückbesinnen auf unseren Auftrag – die politischen Kräfteverhältnisse nach links verschieben« ganz bewusst an diese von Lafontaine seit der Gründung der LINKEN formulierte Leitlinie an. Wer politische Kräfteverhältnisse bewegen will, kommt allerdings nicht an der Analyse des gegebenen Zustands des Alltagsbewusstseins vorbei. Er muss z.B. berücksichtigen, dass die Krise sich den Menschen hierzulande deutlich anders darstellt als in den Krisenstaaten Europas.¹¹ Auch die Erklärung Sahra Wagenknechts – »Von Krisen profitiert man nicht. Krisen verunsichern Menschen und erzeugen Ängste. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass man bei der Stimmabgabe nach links rückt« (Interview mit *Freie Presse* am 13.6.2012) – ist völlig unzureichend, zumal sie nicht erklärt, warum die Linke in Griechenland, Frankreich und den Niederlanden von der Krise profitiert.

Wer das Massenbewusstsein nach links verändern will, muss von seinem aktuellen Zustand und seinen *Widersprüchen der Krisenwahrnehmung* ausgehen, er kommt an der *Kärnerarbeit des Anknüpfens* nicht vorbei. Hier ist vom Reformflügel außer Appellen nichts Substantielles zu vernehmen, beim linken Flügel dominiert die Abscheu nach dem Motto: Hör mir auf mit dem Alltagsbewusstsein, die Masse hängt eh nur vor der Glotze, will am liebsten wieder die D-Mark haben und Griechenland aus dem Euro-Verbund werfen. Ausgeblendet wird dann auch, welche Folgen die schon vor Ausbruch der Krise grassierende Distanzierung der Menschen von politischen Parteien für die Methode des »Anknüpfens« hat. Es gibt begründeten Anlass für den Verdacht, dass die Frage, wie diese Methode konkret auszusehen hat, wie die Krise sich im Alltagsbewusstsein hierzulande konkret niederschlägt, breitere Teile der Partei nicht interessiert.

Die unterliegenden, auch auf dem Parteitag zutage getretenen tiefen Differenzen in der Partei können nicht wie bislang durch noch so zahlreiche Appelle gegen die Selbstbeschäftigung abgebaut werden, sondern im Kern nur durch Klärung der »programmatisch gravierenden Differenzen« und durch Initiierung eines Kulturwandels der innerparteilichen Kommunikation, mit dem die in der Partei verbreitete unzivilisierte und unsolidarische, spalterische Streitkultur beendet wird. Es besteht begründete Hoffnung, dass der neue Parteivorstand neue Akzente setzen und die strategischen Leerstellen in einem organisierten Diskussionsprozess in Angriff nehmen kann. Der Ausspruch von Ulrich Maurer, er bete täglich, dass Merkel bis September 2013 durchhält, verdeutlicht den Zeitdruck.

¹¹ Siehe dazu näher Horst Arenz, Die LINKE am Scheideweg, a.a.O. Der beschlossene Leitantrag beschreibt diesen Punkt sehr verkürzt: »Was auf uns zukommen kann, zeigen die Verhältnisse in Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und Italien.«

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie ☐ Roth ☐ Jünke ☐ SolÖk

☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie ☐ Roth ☐ Jünke ☐ SolÖk

☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).

☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

